

Swissmem-Industrietag vom 25. Juni 2015, BERNEXPO, Bern**«Der bilaterale Weg weist die Richtung»**

Referat von Hans Hess, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte, Nationalräte, Staats- und Regierungsräte

Honorable Ambassadors and Excellencies

Geschätzte Unternehmerinnen und Unternehmer

Liebe Lernende und Studierende

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Die Schweiz hat es geschafft, in den vergangenen zwei Jahrhunderten vom Armenhaus Europas zu einer der wohlhabendsten Nationen der Welt zu werden. Das ist eine bemerkenswerte Leistung, auf die wir stolz sein können.

Dieser Erfolg und Wohlstand scheinen für viele Menschen in unserem Land mittlerweile selbstverständlich zu sein. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns wieder vermehrt vor Augen zu führen, welches die Gründe für diesen Erfolg sind. Aus meiner Sicht sind es mehrere Faktoren: Es ist das schweizerische Unternehmertum, gepaart mit einer liberalen Wirtschaftsordnung. Es sind die leistungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gepaart mit dem sozialen Verantwortungsbewusstsein der Patrons. Und es ist die unglaubliche Innovationskraft der Firmen, gepaart mit einem ausgeprägten Qualitätsbewusstsein der Belegschaften. Dank diesem Mix erbringen unsere Unternehmen Leistungen, die auf dem Weltmarkt einzigartige Erfolge erzielen. Diese Exporterfolge haben unser Land wohlhabend gemacht. Und davon profitiert auch die Binnenwirtschaft in hohem Masse.

Ich möchte den Erfolg und den Wohlstand der Schweiz bewahren und ausbauen. Dafür braucht die Exportwirtschaft einen möglichst freien und gleichberechtigten Zugang zu den wichtigsten Märkten. Entsprechend sind eine starke, internationale Vernetzung und entsprechende Abkommen – insbesondere mit unseren unmittelbaren Nachbarn in Europa – dazu absolute Grundvoraussetzungen. Die Titelfrage des heutigen Industrietages ist also berechtigt: Wie viel Europa braucht die Schweiz? Oder etwas erweitert formuliert: Wie viel Europäische Union braucht die Schweiz, um auch künftig erfolgreich zu bleiben? Erlauben Sie mir, nachfolgend diese Frage aus meiner Sicht zu beantworten.

Die unmittelbaren Nachbarregionen sind traditionell die mit Abstand wichtigsten Absatzmärkte für die Schweiz. Allein das Exportvolumen nach Baden-Württemberg ist gleich gross, wie jenes in die USA. Grosse Bedeutung haben auch die Lombardei, Bayern, Österreich und Frankreich. Von der Marktgrösse sind sie jeweils vergleichbar mit Japan oder China. Insgesamt gehen fast 60 Prozent der Exporte der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie in die EU. Jeder zweite Arbeitsplatz der MEM-Branche in der Schweiz hängt vom Erfolg unserer Firmen im europäischen Markt ab. Das sind 165'000 Arbeitsplätze. Obwohl die Märkte in Amerika und Asien an Bedeutung gewinnen, wird Europa auch in absehbarer Zukunft der wichtigste Handelspartner und damit entscheidend für den Erfolg und Wohlstand in der

Schweiz bleiben. Tatsache ist auch, dass schon heute sehr viel Europa in der Schweiz steckt. Rund 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung stammen aus den Staaten der EU. Damit stellen sich neue Fragen: Ist das nun zu viel, zu wenig oder gerade richtig? Und wie soll sich die Personenfreizügigkeit mit der EU weiterentwickeln? Das sind wichtige Anschlussfragen, die wir pragmatisch diskutieren müssen. Polemik hilft hier wenig.

Letztlich kann man es drehen und wenden, wie man will. Das Verhältnis zu Europa hat für die Schweiz und die MEM-Industrie eine zentrale Bedeutung. Die Frage, wie dieses Verhältnis künftig gestaltet werden soll, liegt mir deshalb sehr am Herzen. **Es ist die entscheidende wirtschaftspolitische Frage für die Schweiz!** Sie verdient eine offene Diskussion. Und sie verdient eine klare Antwort. Die Beantwortung dieser Frage dürfen wir nicht den Politikern allein überlassen. Wir, d.h. die MEM-Branche, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich das ganze Volk müssen sich in dieser Frage einmischen und einbringen. Deshalb widmet Swissmem den Industrietag 2015 voll und ganz diesem Thema. Wir wollen damit einen Beitrag zur Meinungsbildung in unserer Branche und in der politischen Diskussion der ganzen Bevölkerung leisten.

Meine Damen und Herren. Für mich persönlich ist die Antwort auf diese entscheidende Frage glasklar: Die bestmögliche Option für die Schweiz ist auch künftig der bilaterale Weg. Die bilateralen Verträge müssen deshalb nicht nur erhalten bleiben. Sie müssen weiterentwickelt werden. Die Gründe dafür sehe ich wie folgt: Die Schweiz ist politisch immer einen eigenständigen Weg gegangen. Daraus sind die direkte Demokratie und ein gut funktionierender Föderalismus entstanden. Dazu können wir selbstbewusst stehen. Zentralismus liegt uns hingegen nicht im Blut. Deshalb kommt für mich ein Beitritt zur EU nicht in Frage, auch wenn der Preis der politischen Selbständigkeit und der eigenen Währung zuweilen hoch ist – so wie wir das gerade heute schmerzlich erleben.

Genauso wenig kommt für mich der Weg in die Isolation in Frage. Wir müssen offen und neugierig bleiben. Diese Offenheit ist entscheidend. Sie ist übrigens auch in der Präambel unserer Bundesverfassung verankert. Dort steht unter anderem: «...um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität **und Offenheit** gegenüber der Welt zu stärken». Diese Offenheit ist der Sauerstoff für die Schweiz, für ihre Innovationsfähigkeit, für ihre wirtschaftliche Prosperität und für die Weiterentwicklung unseres Landes. Wer die Schweiz hingegen isolieren will, wer eine «Käseglocke» über sie stülpen will, der verstösst nicht nur gegen einen Grundpfeiler unserer Verfassung, sondern lässt unser Land mittelfristig verkümmern. Das dürfen wir nicht zulassen!

Für unsere exportorientierte Volkswirtschaft sind geordnete Verhältnisse, freund-nachbarschaftliche Beziehungen und nachhaltige Staatsverträge mit der EU von grösster Bedeutung. Und das Schöne ist: Mit den bilateralen Abkommen haben wir diese klaren Verhältnisse bereits heute. Für die Schweiz und ihr Selbstverständnis ist das Konzept des bilateralen Weges ein Massanzug, der sehr gut sitzt. Doch leider ist man sich ausserhalb der Wirtschaft der Vorteile der bilateralen Abkommen heute kaum mehr bewusst. Schlimmer noch: Seit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 gibt es vermehrt Stimmen, welche den Nutzen dieser Verträge schlecht reden, welche gar suggerieren, dass man auch gut ohne sie leben könnte. Diese Sicht der Dinge widerspricht diametral den Erfahrungen, die ich und die Mehrheit meiner Berufskollegen täglich machen. In meinen Augen haben die bilateralen Verträge mit der EU der Industrie und dem gesamten Werkplatz Schweiz einen spürbaren Schub verliehen.

Diese subjektive Einschätzung wollte ich genau überprüfen lassen. Deshalb hat Swissmem in Zusammenarbeit mit BAKBASEL in diesem Frühjahr eine umfassende Studie zum Nutzen der bilateralen Ver-

träge für die Schweizer MEM-Industrie erarbeitet. Sie basiert auf einer breiten Befragung der Swissmem-Mitgliedfirmen. Die Ergebnisse dieser Arbeit bestätigen meine Einschätzung voll und ganz. Die Studie belegt, dass die bilateralen Abkommen den MEM-Firmen entscheidende Vorteile bringen:

1. **Sie erhöhen die Innovationskraft** – weil die Firmen an europäischen Forschungsprogrammen mitarbeiten und die bestmöglichen Fachkräfte rekrutieren können.
2. **Sie senken die operativen Kosten** – weil sie Bürokratie abgebaut haben und die Geschäftsprozesse vereinfacht werden konnten.
3. **Sie sichern die Arbeitsplätze in der Schweiz** – weil die Unternehmen aufgrund der bilateralen Abkommen ihre Standorte in der Schweiz halten konnten und diese sogar ausbauen
4. **Sie begünstigen Investitionen in der Schweiz** – weil hohe Innovationskraft auch risikofähiges Kapital anzieht.
5. **Sie öffnen den Zugang zu neuen Märkten und Kunden** – weil die Bilateralen fast alle Handelsbarrieren eliminiert haben

Aggregiert man diese Vorteile auf der Stufe des gesamten Denk- und Werkplatzes Schweiz, dann kann man folgendes Fazit ableiten: Die bilateralen Verträge

- **stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Schweiz**
- **erhöhen die Attraktivität des Standortes Schweiz und**
- **stützen damit die Zukunftsfähigkeit des Werkplatzes Schweiz**

Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem, dass der Nutzen der bilateralen Verträge weit grösser ist als lediglich die Summe der Vorteile der einzelnen Verträge. Diese Abkommen bilden ein Netzwerk, welches erst in der Verknüpfung den wahren Nutzen zum Tragen bringt.

Aus meiner Sicht zeigt die BAKBASEL-Studie in eindrücklicher Weise, dass der bilaterale Weg den typisch schweizerischen Verhältnissen entgegenkommt und grosse wirtschaftliche Vorteile bringt. Es lohnt sich also, dass wir uns für die Bilateralen einsetzen. Dennoch ist die Frage des heutigen Tages berechtigt: Wie viel Europa braucht die Schweiz? Denn spätestens mit dem Entscheid vom 9. Februar 2014 wurde klar, dass die hohe Zuwanderung bei einem Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein grosses Unbehagen hervorgerufen hat. Dieses Unbehagen muss ernst genommen werden – egal wie knapp der Volksentscheid damals zustande kam.

Die Aufgabe ist nicht einfach. Wir wissen zwar, dass es ohne Zuwanderung nicht geht. Wir haben aber auch vom Volk den Auftrag, diese Zuwanderung in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Um innenpolitisch beides unter einen Hut zu bringen, müssen wir die Nebenwirkungen der Zuwanderung durch eine geschickte Politik mildern. Dies gilt insbesondere für die Engpässe im Bereich Wohnungsbau, auf der Strasse und in der Bahn. Wir müssen auch das einheimische Arbeitskräftepotential besser nutzen. Hier haben wir noch viele Verbesserungsmöglichkeiten und stehen als Unternehmer zusammen mit der Politik in der Mitverantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Aussenpolitisch müssen wir eine vertretbare Zuwanderung und die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge unter einen Hut bringen. Auch das ist nicht einfach. Aber es ist meines Erachtens nicht unmöglich – wenn man das auch wirklich will. Die Wirtschaft hat nach genauer Analyse dieser Situation konzeptionell einen Weg aufgezeichnet, der unter dem Begriff «Schutzklausel» mittlerweile breit bekannt ist. Swissmem hatte diese Idee bereits in der Frühjahrssession des Parlaments im März 2014 erstmals präsentiert. Leider stiess sie damals auf wenig Gegenliebe. Heute erleben wir eine Renaissance dieses Konzeptes. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz mit diesem Konzept in der EU eine Chance hat, weil wir den Grundsatz der Personenfreizügigkeit nicht in Frage stellen. Es baut lediglich ein Ventil ein, falls die

Zuwanderung zu gross wird und der Ausbau unserer Infrastruktur damit nicht mehr Schritt halten kann. Das muss die EU angesichts der heute fast 25 Prozent ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz auch verstehen.

Der Bundesrat will neben der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative den bilateralen Weg weiterführen. Wir unterstützen ihn in diesem Vorhaben. Für mich stellt sich hier die Frage, warum er zum Konzept einer Schutzklausel bisher eine ablehnende Haltung eingenommen hat? Ich vermute, dass es verhandlungstaktische Gründe sind. Und natürlich wissen wir auch, dass dieser Ansatz in der EU seine Gegner haben wird. Als Unternehmer sind wir es aber gewohnt, in Optionen zu denken, wenn wir auf eine schwierige Aufgabe treffen.

Aus meiner Sicht ist klar, dass Zuwanderungskontingente, Beschränkungen der Grenzgänger und Kurzaufenthalter sowie ein Inländervorrang über kurz oder lang zum Verlust der bilateralen Verträge führen können. Die EU kann der Schweiz eine Ausnahmeregelung bei der Personenfreizügigkeit nur schon aus innenpolitischen Gründen nicht gewähren. Damit laufen wir Gefahr, alle oben genannten Vorteile der bilateralen Verträge wieder zu verlieren. Mehr noch: Wir werden an Innovationskraft einbüßen, welche bisher unsere schärfste Waffe im internationalen Konkurrenzkampf war. Schon heute können als Folge der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative unsere KMU nur noch indirekt dank einer Übergangsregelung des Bundes am Förderprogramm «HORIZON 2020» teilhaben. Im Weiteren werden neue Handelsbarrieren die Kosten für die Exportwirtschaft erhöhen. Angesichts der heutigen Hochpreis- und Hochlohninsel Schweiz ist dies eine düstere Aussicht für den Werkplatz Schweiz. Zudem droht die Schweiz in die Isolation zu geraten oder mittelfristig erst recht zu einem EU-Beitritt gedrängt zu werden. Beides sind aber aus meiner Sicht keine akzeptablen Alternativen.

Ich werde mich deshalb mit aller Kraft für die Fortsetzung des bilateralen Weges einzusetzen. Die Ergebnisse der BAKBASEL-Studie liefern mir zusätzlich eine breite Legitimation aus der Swissmem-Mitgliedschaft, um diesen Weg entschlossen weiter zu gehen. Es geht um nichts weniger als um die Zukunft des Werkplatzes Schweiz. Ich lade Sie ein, mich und Swissmem in diesem Kampf zu unterstützen. Wie Sie dies tun können, darauf werde ich am Schluss des heutigen Nachmittages noch einmal zurückkommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bern, 25. Juni 2015

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation
Pfungstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. 044 / 384 41 11
E-Mail: presse@swissmem.ch